

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Neueste Wiesbadener Zeitung

ersch. 12mal wöchentlich. — Bezugspreis: In Wiesbaden u. bei unseren ausw. Vertretungen monatl. 2.80 M., viertelj. 11.40 M., durch die Post monatl. 2.90 M., viertelj. 12.00 M. ohne Beleggeld. Das Beleggeld wird von den Zeitungsabnehmern und durch die Post besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Druckerei: Wiesbaden, Klostergasse 11. Verantw. Red. 6515, 6516, 6517. — Anzeigenpreis: Die 42 mm breite Kolonne 60 Pf., die 90 mm breite Kolonne 1.20 M.; außerh. 70 Pf. bzw. 1.40 M. Ausland 2.— bzw. 6.— M. Abh. d. Tarif. Sonderbeilagen 15 Pf. pro 1000.

Nummer 267

Freitag, 11. Juni 1920.

74. Jahrgang

Bösartige Schwäger.

Der Ausfall der Reichstagswahl gibt der „Frankfurter Zeitung“ Veranlassung, die Wähler, die sich von der Demokratie getrennt haben, um den Witten der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen ihre Stimmen zuzuwenden, als irreguläre Himmelsbeere darzustellen, denen von den beiden Parteien „Zeiten irdischer Glückseligkeit“ versprochen worden seien. Die Wähler mögen sich bei der „Frankfurter Zeitung“ bedanken für die freundliche Charakterisierung. Sie wissen, daß sie jeden Agitator ausgelacht hätten, der ihnen Zeiten irdischer Glückseligkeit versprochen hätte, denn so dumm ist keiner von ihnen, um nicht zu wissen, daß nachdem uns die Demokratie aller Spielarten in das größte Elend hineingebracht hat, Zeiten irdischer Glückseligkeit für die lebenden Geschlechter fast unerreichbar erscheinen. Und sie wissen, daß es langer Zeit und großer, schwerer Arbeit bedarf, um wieder vorwärts zu kommen. Wenn die Wähler sich in so gewaltigen Scharen von der Demokratie abgewandt hat, so tat sie es nicht, um nach Schöpfung zu greifen, die im Grunde liegen, sondern um den Weg abwärts, den Weg in den Abgrund, zu dem die Demokratie, die bürgerliche und die sozialistische, führt, durch einen Damm zu versperren. Die Wähler haben vom Theoretisieren, Experimentieren und Niederreißen genug, sie will wieder praktische Arbeit sehen, sie will nicht mehr rückwärts, sie will vorwärts. Sie will den Wiederaufbau, und da die Demokraten ihr genug und über genug an Gelegenheiten geboten haben, um erkennen zu lassen, daß der Wiederaufbau von ihnen nicht bewerkstelligt werden kann, haben sie sich auch von der im Schleier der Sozialdemokratie fahrenden bürgerlichen Demokratie in solchen Massen losgerissen und sich den entschiedenen bürgerlichen Parteien zugewandt.

Aber nicht nur die „Frankfurter Zeitung“, sondern auch das ihr gesinnungs- und weisensverwandte „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht unter dem vishischen Einflusse der katastrophalen Wahlniederlage sonderbare Weisheitsblößen. Für beide Blätter der internationalen demokratischen Richtung können bekanntlich die Wahlen nicht unangenehm und schmerzhaft genug sein. Hat aber dann das Volk durch die Wahlen gesprochen, dann sind die Wähler plötzlich „ein untreues Volk“, eine „gedankenlose Masse“ geworden. Wie sehr die genannten Blätter durch solche Äußerungen einer allseitigen Wut und Bestürzung ihrer Partei ins Gesicht schlagen, kommt ihnen offenbar nicht zum Bewusstsein. Im Revolutionsmonat des Jahres 1918 hat die Demokratische Partei nach der Ansicht der demokratischen Deutschen von Frankfurt und Berlin die geistige und moralische Elite der Nation in ihrem Lager verlammt. Jetzt aber schreibt das „Berliner Tageblatt“: „Die entschlossene Tat der Demokraten, die zur Niederschlagung des Hochverrats die nationale Arbeitsruhe (den Generalkrieg, D. Schriftl.) ausriefen, hat eine Menge Angehörigen aus ihrem Lager vertrieben. Also „Angehörigen“ und „gedankenlose Masse“! In solches Herdenvolk wandelt sich die Wählerschaft, wenn sie in der Demokratie ein Verfall erkennt und ihre eigenen Wege geht.

Nicht alle demokratischen Blätter verleugnen aber so die elementarsten Grundtatsachen demokratischer Auffassung. So gibt Herr Georg Bernhardt in der „Vossischen Zeitung“ an, daß die Niederlage der Demokraten eine Katastrophe sei, deren Grund lediglich im eigenen Versagen der demokratischen und sozialdemokratischen Partei liegt. Diese demokratische Niederlage hält Herr Bernhardt für umso bezeichnender, als Sozialdemokraten und Demokraten wie er schreibt seit Monaten nur noch „Politik für ihre Wahlsieger“ trieben und trotzdem gerade dieses Ziel, das Wahlsiege, für sich einzufangen, nicht erreichten. Sonst die „Berliner Börsen-Zeitung“ bemüht sich, nach richtig verstandener demokratischer Auffassung dem Wahlergebnis vom 6. Juni gerecht zu werden. Dieses demokratische Blatt schreibt folgendes: „Mit dem Votum vom Sonntag hat sich die Mehrheit des deutschen Volkes zugleich gegen die bisherige Politik und gegen die Vermittlungs- und Ausgleichspolitik der Deutschen demokratischen Partei ausgesprochen. Folgerichtig der demokratischen Grundriss müßte also dazu drängen, daß sie die erforderlichen Schritte zieht.“ Diese recht elementare demokratische Weisheit mögen sich die „Frankfurter Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“ einmal ad notam nehmen.

In der Tat ist das Votum vom 6. Juni von absoluter Klarheit und trägt nichts von der Verwirrung in sich, die das „Berliner Tageblatt“ ihm andichten möchte. In der Verklärung der Unabhängigen und in der außerordentlich starken Zunahme der Deutschen Volkspartei liegt durch kein Widerspruch, der sich in seinen Wirkungen nach rechts und links ausbreitet. Die Dinge liegen doch einfach so, daß seit dem November 1918 eine außerordentlich starke sozialistische Triebkraft lebendig ist, der die Erfolge vom 6. November nicht genügen und die in ihrer letzten Auswirkung zur Klassenherrschaft des Proletariats führt. Von diesen Wellen dieser Bewegung haben sich die Reichssozialisten und die bürgerlichen Demokraten immer weiter nach links fortziehen lassen, bis wir zuletzt von der endlosigen Diktatur der Gewerkschaften garnicht mehr so weit entfernt waren. Die Wahlen vom 6. Juni sind ein Beweis dafür, daß die linkssozialistische Triebkraft sich lebendig erhalten hat. Das ist aber für niemanden eine Ueberraschung und es ist deshalb auch nicht das Kennzeichen der Reichstagswahlen. Charakteristisch und entscheidend ist vielmehr, daß Bürger- und Arbeiterkreise sich am 6. Juni außerordentlich haben um endlich dem Abgleiten der Regierung auf der linken Ebene ein energisches Halt zu gebieten. Damit haben sie die Wählerschaft, wie die demokratische „Berliner Tageblatt“ es etwas milde ausdrückt, „an den Ber-

mittlungs- und Ausgleichspolitik“ der Deutsch-Demokratischen Partei ausgesprochen. Die Wählerschaft will, wie zu Anfang dieser Ausführungen schon gesagt, daß die deutsche Politik endlich dem Vankreis der Zerstörung und Verneinung entzogen wird, in dem sie sich bisher befand und daß anstelle der sinnlosen und verderblichen Zerstörung der nach vorhandenen Werte der Wiederaufbau tritt. Als Verfasserin dieses Programms ist die Deutsche Volkspartei an die führende Stelle der bürgerlichen Parteien emporgehoben worden. Für sie ist deshalb der Weg klar gegeben. Er muß zu dem praktischen und positiven Wiederaufbau führen, der nur zu ermöglichen ist, wenn man den Elementen der Zerstörung und Verneinung einen kräftigen Damm entgegensetzt und alle Kräfte, die arbeitswillig und arbeitsbereit sind zusammenfaßt.

Geradezu volksverräterisch ist es, wenn demokratische und sozialdemokratische Blätter nunmehr dem Auslande zu suggerieren suchen, die Deutsche Volkspartei sei Revanchepartei, sie suche den Revanchekrieg. Das ist eine hundertprozentige, verbrecherische Lüge. Die Deutsche Volkspartei will auf dem legalen Boden der Verfassung, unter Achtung der Verträge das deutsche Volk und das deutsche Reich von der Voh zum Ruin auf den Weg des wirtschaftlichen Wiederaufbaus führen, die Ruhe und Arbeitsmoralität im Innern sichern und mit geeigneten, nichtmilitärischen Mitteln das Ansehen Deutschlands in der Welt wiederherstellen. Es ist bezeichnend, daß ein deutsches, deutsches Blatt von der Berliner „Frankfurter Zeitung“ und des „Berl. Tagebl.“, nämlich die „Londoner Times“, ebenfalls gegen die Deutsche Volkspartei mobil macht und ihr Revanchegedächtnis vorwirft, um die Entente gegen sie aufzuheben. Sie erklärt, die Deutsche Volkspartei dürfe in einer zukünftigen deutschen Regierung nicht vertreten sein. Abgesehen davon, daß die „Times“ unsere inneren Angelegenheiten gar nichts angehen, muß doch betont werden, daß bei der frankfurter deutschnationalen Verfassung der „Times“ man gerade das für dem deutschen Reich vorteilhaft erachten muß, was sie vertritt.

Deutschnationale und Deutsche Volkspartei.

Berlin, 9. Juni.
Die zuletzt veröffentlichten Wahlergebnisse zeigen eine Ueberlegenheit der deutschnationalen Stimmen über die Stimmen der Deutschen Volkspartei. Dieses Ergebnis ist irreführend und dadurch zuwidergekommen, daß dort, wo gemeinsame Listen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Partei bestanden, wie zum Beispiel in München und in der Thüringischen Bauernpartei, die für diese abgegebenen Stimmen reißlos den Deutschnationalen gutgeschrieben wurden, während die Hälfte auf das Konto der Deutschen Volkspartei gesetzt werden müßte. Berücksichtigt man dieses rechnerisch, so bleibt die Deutsche Volkspartei die bedeutende bürgerliche Partei, für welche die meisten Stimmen abgegeben wurden, und dieses Verhältnis wird sich noch steigern, wenn erst die Abstimmungsgebiete wählen dürfen.

Die neue Fraktion der Deutschen Volkspartei wird am Montag, 14. Juni, nachmittags 4 Uhr in den Reichstag zusammenberufen, um sich in Vorgesprächen über die Lage einzeln zu beraten. Der Geschäftsführende Ausschuss und die Wahlkreisvorsitzenden der Partei werden am Mittwoch, 16. Juni, in Berlin zusammenkommen.

Der Sitzungsraum des Reichstages zu klein.

Berlin, 9. Juni.
Die Wahlen zum Reichstag haben bekanntlich die Anzahl von 400 Abgeordneten ergeben; der Sitzungsraum weist aber nur 400 Plätze mit Schreibtischen auf. Da der Reichstag bereits am Donnerstag, den 24. Juni, zusammentritt, dürfte es kaum möglich sein, bis dahin die erforderlichen Veränderungen im Sitzungsraum vorzunehmen. Etwa 30 Abgeordnete werden daher vorläufig auf den Rederiosen an der Rückwand Platz nehmen müssen. In anderen Parlamenten, so im englischen Unterhaus, hat bekanntlich überhaupt nicht jeder Abgeordnete einen festen Sitzplatz mit Schreibtisch. Die Aufstellung neuer Schreibtische im Sitzungsraum des Reichstages wird nur durch Räumung einiger bisher zur Erleichterung des Verkehrs der Mitglieder freigehaltener Gänge zu ermöglichen sein.

Wahlerfolge der D. V. P. in Oldenburg.

Am 6. Juni hat in Oldenburg gleichzeitig mit den Reichstagswahlen die Wahl des neuen Landtags stattgefunden. Dabei hat die Deutsche Volkspartei 40.500 Stimmen erzielt und ist somit mit ihren 10 Abgeordneten die stärkste Partei des neuen Landtages geworden. Die Deutschnationale Volkspartei hat mit 2760 Stimmen aus der nächststärksten Partei nach der Deutschen Volkspartei ist das Zentrum mit 39.547 Stimmen und 9 Sitzen, dann folgen die Reichssozialisten mit 30.000 Stimmen und 7 Sitzen, die Demokraten mit 27.002 Stimmen und 6 Sitzen und schließlich die Unabhängigen mit 21.500 Stimmen und 5 Sitzen. Der Landbund erhielt mit 6400 Stimmen einen Sitz.

Roggenüberfluß in Bulgarien.

Sofia, 9. Juni.
Die Roggenernte begann am 27. Mai in der Gegend von Petritsch im südlichen Bulgarien. — Da der Ueberfluß der neuen Ernte eine Verbesserung der Transportmittel nötig macht, liest die bulgarische Regierung die Bauarbeiten einer Eisenbahn beginnen, die die Gegend von Paskovo mit der Hauptstraße Sofia-Konstantinopel verbinden soll.

Die Abgeordneten der D. V. P.

Wir veröffentlichen nachstehend eine Liste der auf Grund der bisherigen Ergebnisse gewählten Abgeordneten der Deutschen Volkspartei. Die Wahl ergab sich zum größten Teil aus den Wahlsystemen des Reiches selbst, zum Teil auch aus den Reststimmen, die innerhalb eines Verbandswahlkreises, der einen Liste vom Ueberfluß der anderen zugute kommen. Die beigefügten Wahlsysteme beruhen größtenteils auf unseren eigenen Ermittlungen, sind also nicht amtlich. Wir waren auf diese eigenen Ermittlungen angewiesen, weil der amtliche Apparat offenbar aus Abneigung gegen das unerwünschte Wahlergebnis mit einer geradezu flagranten Langsamkeit und Unzuverlässigkeit arbeitet. Es bedarf keiner besonderen Betonung, daß die nachstehend veröffentlichte Liste nicht den Ziffern nicht endgültig ist, wenn sie auch wesentliche Änderungen nicht mehr erfahren wird.

In Oldenburg und Schleswig sind infolge Verschlebung der Wahl die Mandate den bisherigen Inhabern verblieben.

Dr. Graf zu Dohna, Professor der Rechte in Heidelberg.
Dr. Runkel, Geh. Regierungs- und Provinzialrat in Schleswig.

Neu gewählt:

Berlin: (140.112 Stimmen) Geheimrat Prof. Dr. D. D. Kahl, Verbandsdirektor v. Raumer.
Breslau: (180.000 Stimmen) Syndikus Dr. Stresemann, Landrat Dr. v. Kardorff, Pfarrer Dr. Luhr.
Potsdam: (129.000 Stimmen) Bürgermeister Dr. Marzahn, Gewerkschaftsvorsitzender Weiser.
Frankfurt (Oder): (117.000 Stimmen) Senator Dr. v. Kuntze, Landwirt Kesseler.
Pommern: (181.000 Stimmen) Schriftsteller Dr. Mittelmann, Frau Direktorin Dr. Elsa May, Bauernhofbesitzer Spahler-Schmied.
Meklenburg: (62.000 Stimmen) Schriftsteller Dr. Piper.
Breslau: (79.257 Stimmen) Legationsrat Frhr. v. Rheinbaben.
Görlitz: (75.248 Stimmen) Schulrat Deurmann.
Magdeburg: (117.638 Stimmen) Frau Ratinka v. Dheim.
Halle a. S.: (114.000 Stimmen) Rechtsanwalt Dr. Gremer, Landwirt Kesseler-Böhm.
Thüringen: (144.700 Stimmen) Oberverm.-Gerichtsr. Leutenhoffer, Syndikus Dr. Max Richter, Landwirt Hübner. (Gewählt auf die Liste des Landbundes.)
Hamburg: (81.248 Stimmen) Kaufmann Walter Dauch, Referent.
Weimar: (145.150 Stimmen) Landwirt Dietrich Dennemann, Rechtsanwalt Dr. Gildemeister.
Rheinland: 81.000 Stimmen Senator Benthien.
Hannover-Braunschweig: (108.000 Stimmen) Hofbesitzer Dufke, Bergwerksdirektor Albrecht, Malermeister Havemann.
Hildesheim: (119.385 Stimmen) Generalsekretär Dr. Hugo, Landwirt Harte.
Münster: (101.206 Stimmen) Bergmann Winnefeld, Generalsekretär Dr. Bögl, Landwirt Westermann.
Hessen-Kassau: (189.000 Stimmen) Geheimrat Prof. Dr. Nieber, Landwirt Hepp, Lokomotivführer Seibert.
Hessen-Darmstadt: (94.653 Stimmen) Finanzminister a. D. Dr. Beder.
Köln: (76.384 Stimmen) Universitätsprofessor Dr. Molkenhauer.
Koblenz: (66.910 Stimmen) Pfarrer Dr. Hertel.
Düsseldorf-Ost: (124.000 Stimmen) Rechtsanwalt Kempkes, Gewerkschaftssekretär Adam.
Düsseldorf-West: (90.000 Stimmen) Oberbürgermeister Moll.
Ostbavarn: —
Niederrhein: —
Franken: (90.000 Stimmen).
Pfalz: (104.823 Stimmen) Landwirt Gehbart, Rechtsanwalt Dr. Kayl.
Dresden: (159.729 Stimmen) Staatsminister a. D. Dr. Heinze, Verbandspräsident Dr. Ing. Sorge, Direktor Dr. D. Everling.
Leipzig: (132.736 Stimmen) Legationsrat Dr. Frhr. v. Bersner, Rammernobermeister Luch.
Chemnitz: (143.616 Stimmen) Kontreadmiral v. Sickingen, Geschäftsinhaber Zindeisen.
Bairern: —
Baden: (65.150 St.) Stadtverordneter Dr. Curtius.
Mit Einschluß der Abga. Graf zu Dohna und Dr. Runkel ergibt dies insgesamt 55 Abgeordnete. Die für sie abgegebene Stimmenzahl beläuft sich auf rund 3 1/2 Millionen (nach den bis jetzt vorliegenden Ziffern). Davon entfallen vorbehaltlich etwa noch eintretender Änderungen auf die

Reichsliste

etwa 300.000 Stimmen, so daß außer den obengenannten Abgeordneten bis jetzt noch 6 Kandidaten des Reichstagswahlkreises der Deutschen Volkspartei als gewählt gelten können. Es sind dies:

Franz Klara Rende, Verbandsvorsitzender Otto Thiel, Hugo Stinnes, Handelskammersekretär Geheimrat Druach, Chefredakteur Rippler, Generalleutnant von Schoch.

Insgesamt ergibt sich demnach auf Grund der bisherigen Wahlsysteme für die Deutsche Volkspartei eine Gesamtzahl von 61 Abgeordneten im neuen Reichstag.

Italien und Albanien.

Dr. Solfs Ausreise nach Japan.

Rom, 9. Juni. Ueber die Lage in Albanien besagt eine offizielle Note: Die Zwischenfälle, die beim Rückzug der italienischen Truppen vom albanischen Gebiet sich ereigneten, hatten keineswegs einen ernsten Charakter. Es handelte sich um kleine Zusammenstöße zwischen irregulären Banden und den italienischen Truppen. Immerhin zeigen diese Zwischenfälle, welcher Geist in Albanien herrscht. Die albanische Bevölkerung ist aus einer Reihe von Gründen Italien feindlich gesinnt, und zwar in erster Linie wegen des Vorgehens der italienischen Regierung und auch infolge der Agitation griechischer und serbischer Elemente. Die italienische Regierung tat in Athen und Belgrad Schritte, um die beiden Regierungen davon abzubringen, den Albanern gegen die Italiener zu helfen. Die Wirksamkeit einer solchen Aktion ist jedoch zweifelhaft, da Italien erst beweisen mußte, daß es ein ebenso aufrichtiger Freund Albaniens ist wie die beiden anderen Mächte. Italien wird das bestmögliche Vorgehen von Salona befehlen, in dem es nichts zu befürchten hat. Andererseits hat es seinen Anlaß, eine so große Zone wie gegenwärtig zu befehen, die 100 Kilometer übersteigt.

Eupen-Malmedy.

Brüssel, 10. Juni. Zu dem Beschluß der Völkerversammlung betr. die Eisenbahn von Montjoie ist zu bemerken, daß nach einer Entscheidung des Rates die Bewohner von Montjoie bei Deutschland verbleiben und daß die Kritik der Deutschen, hinsichtlich der Volksabstimmung in Eupen und Malmedy, abgelehnt wurde.

Die Rückgaben an Frankreich und Belgien.

Wie die Berliner „Nationalzeitung“ von zuständiger Stelle erfährt, wurden von der deutschen Kommission für Rückgabe von Werten bis 1. April an Frankreich an geborgenen Finanzwerten (Bargeld und Wertpapiere) über 8 Milliarden Francs sowie geborgene Kunstwerke, Dokumente und Archive von unschätzbarem Werte übergeben. An Belgien sind an geborgenen Finanzwerten etwa 1 1/2 Milliarden Mark sowie über 8 Milliarden Francs und gleichfalls geborgene Dokumente und Archive von großem Werte zurückgegeben worden. Ferner wurde auf Grund des Artikels 247 des Friedensvertrages mit Belgien ein Abkommen über den Wiederaufbau der Universitätsbibliothek Löwen getroffen, wonach Deutschland den Wiederaufbau mit einem Kostenaufwand von über 2 Millionen Goldfrancs übernimmt. Die deutschen Ausführungsarbeiten haben bereits begonnen. Die Überführung der an Belgien nach demselben Artikel zu übergebenden Gemälde ist gleichfalls im Benehmen mit der belgischen Regierung im Gange.

Folgen der Heeresverminderung.

Berlin, 9. Juni. Ueber die Vorgänge bei der Entlassung der Maschinengewehrkompanie Libau in Soest wird noch mitgeteilt: Als die Mannschaften hörten, daß die Kompanie aufgelöst werden solle, weigerten sie sich, dem Befehl nachzukommen, und marschierten ohne ihre Offiziere geschlossen nach einem Dorfe in der Nähe von Soest. Um ihre Auflösung durchzuführen, wurden zwei Kompanien und ein Zug Artillerie mobil gemacht und die Reiterer umstellt. Daraufhin eröffnete die Kompanie Feuer auf die Reichswehrtruppen, wobei die bereits gemeldeten Verluste eintraten. Die Reichswehrtruppe ging dann gegen die Kompanie vor und führte ihre Entlassung durch. Die Verluste der entlassenen Kompanie sind bisher nicht bekannt. Die Mannschaften der Maschinengewehrkompanie Libau wurden interniert. Eine strafrechtliche Untersuchung gegen sie ist eingeleitet worden.

Eine Untersuchung gegen Marburger Studenten.

Berlin, 9. Juni. Bei den Märzunruhen sind, wie feierlich gemeldet, in Bad Zübingen mehrere Einwohner von Marburger Zeitfreiwilligen (Studenten) verhaftet und einige davon erschossen worden. Die angeordneten Ermittlungen konnten noch nicht abgeschlossen werden, da umfangreiche Zeugenerhebungen erforderlich sind. Bisher wurden gegen vierzehn Zeitfreiwillige Anklagen wegen rechtswidrigen Waffengebrauchs in Verbindung mit Totschlag erhoben.

Jubilare!

Roman von Margaret Laube.

(19. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Und dann wurde es ganz still. Ein noch junger Mann ging durch die Mitte der Musiker, richtete einen gleichgültigen Blick auf den gefüllten Saal und betrat den Platz, der mit einer roten Samtschür abgegrenzt war.

Albin fuhr hoch — und schaute: dieser häßliche Mann mit dem glatten, harten Gesicht, mit dem Kneifer und der kahlen Stirn — der sah aus wie die Offiziere von den Dragonern, wenn sie in Zivil ausgingen — so edig, so hochmütig-ruhig — der sollte?

Ein scharfes Ticken erklang: der Arm mit dem Taktstock hob sich — „Beethoven, Albin Baldi“, flüsterte der Geheimrat neben ihm und die fähige Stimme war tief und voll.

Dann sang eine Geige — und noch eine — und plötzlich mit silbernem Ton eine einzelne Note — ein fremdes, nie gehörtes Rauschen und Brausen, ein helles Wogen darüber hin aus hölzernen Flötenröhren —

Beethovens Pastorale-Symphonie rauschte vor den Rindböden auf —

Regungslos sah Albin. Seine Hände schlangen sich fest um seine Knie, sein Rücken krümmte sich zusammen — und die Augen wurden groß, ganz groß.

Der Geheimrat ließ den Blick nicht von ihm. Es entging ihm nicht, wie ein leises Zittern über die blassen Wangen lief, als aus dem hinteren Orchesterfenster das erste Grollen eines fernen Donners aus den Bänken hervorbrach, wie die Branten Albin sich schmerzhaft zusammenzogen, als der Sturm an den Wipfeln der Nieselnbäume zerrte und ein schrilles Pfeifen und Rauschen der Klarinetten aufschrie; wie alles heiß und voll angstvoller Spannung wurde an dem Saal, und wie dann, als mit ein paar seltsamen, horrorartigen Akkorden das erste Sonnenglänzen durch den Gittermantel der Regentropfen im Wetterbogen aufschimmerte — wie dem großen Jungen die Tränen über die Wangen rannten, ohne daß er etwas davon wußte.

Erst die läche Stille nach dem letzten Akkord schredte Albin auf: er warf sich herum und griff nach der Hand des Geheimrats mit feuchten, heißen Fingern — wollte

Auf dem japanischen Dampfer „Bankai Maru“, der am 22. Mai den Verteidiger Hingant, Gouverneur Meyer-Waldeck, nach Deutschland zurückbrachte, hat sich gestern der deutsche Geschäftsträger Dr. Solf nach Kobe eingeschifft. In seiner Begleitung befinden sich Baron v. Pleß, Dr. Orth, Konrad Dr. Müller, Dr. Michaelson und Prof. Grobe. Auf dem Dampfer werden außerdem 115 Passagiere und 700 russische, bisher in Deutschland interniert gewesene Gefangene nach Wladivostok überführt.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 11. Juni.

Der Milchstreik.

Man sollte es nicht für denkbar halten, daß nach allen libelen Erfahrungen, die wir mit der Zwangswirtschaft und der Faltung der Verwaltungsstellen im Streitfragen zwischen Erzeugern und Verbrauchern gemacht haben, eine Angelegenheit wie der Milchstreik der Landwirte überhaupt noch im Bereiche des Möglichen liegen könnte. Jeder halbwegs urteilsfähige Mensch weiß heute, daß die Milchpreise das 15-20fache von einst betragen, daß Futtermittel, Löhne und alle in der Landwirtschaft gebrauchten Maschinen, Geräte und dergleichen derart verteuert sind, daß der Bauer seine Erzeugnisse einfach nicht mehr zu den bisher noch üblich gewesenen Preisen liefern kann. Sogar das Risiko in seiner Wirtschaft immer noch daselbst geblieben ist und die herrschenden Viehpreisen die Verlustmöglichkeiten noch vergrößern.

So hat auch kein Urteilsfähiger, der einigermaßen mit landlichen Verhältnissen bekannt ist, in der Erhöhung des Milchpreises von 1.50 M. auf 2 M. etwas anders gesehen als eine auf Grund genauer Berechnungen der Bauernschaften erfolgte notwendige Maßnahme, die nur deshalb so fühlbar in die Erscheinung tritt, weil die ungeliebte Zwangswirtschaft durch ihre Verwaltungsstellen und Zuschläge den Preis nochmals um 1.50 Mark pro Liter in der Stadt Wiesbaden verteuert.

Anstatt nun durch ein vereinfachtes Vertriebsverfahren die Unkosten zu vermindern und dadurch die Erhöhung von 50 Pfa. auszugleichen, verfügt der Oberpräsident in Kassel, daß die Erhöhung von 50 Pfa. pro Liter unentgeltlich und daß gegen die Landwirte im Falle eines Streiks einzuschreiten sei. Also ein Ausnahmefall gegen einen Erwerbsstand, der sein altes Recht ebenso wie alle anderen zu verteidigen bestrebt ist. Wohin diese unverständliche Maßnahme der weißen Regierung führt und führen mußte, zeigen die Ereignisse der letzten Tage. Der Landrat in Ostfriesland erklärt an jeden freilebenden Landwirt ein Strafmandat über 150 Mark und droht für jeden weiteren Streiktag dieselbe Strafe für jeden Landwirt an. Die Arbeiterschaft, die doch schließlich mit der Angelegenheit nicht mehr als jeder andere Verbraucher zu tun hat, erklärt sich bereit, die Polizei in ihrem Vorgehen zu unterstützen. Die Staatsanwaltschaft in Wiesbaden leitet ein Verfahren gegen die freilebenden Landwirte ein. Und die Landwirte selbst, die nicht zum Vergnügen, sondern der Not gehorchend, ihre Preise erhöhen mußten, und mit Recht auf die unverhältnismäßige Vertierung der Milch durch die Zwangswirtschaft hinweisen, wollen sich nicht zum Opfer einer einseitigen, mit Zwangsmitteln vorgehenden Wirtschaftspolitik machen lassen. Sie berufen sich auf ihre Rechte als freie Staatsbürger und leben sich zum Teil veranlaßt, die unrentable und zu solchen Geschäften führende Viehhaltung aufzugeben und veräußern ihre Kühe. So hat in jedem Falle die kasseler Bevölkerung die Leidtragenden sind.

Abgesehen davon, daß die ganze betrübliche Angelegenheit wieder die Folgen der Zwangswirtschaft zeigt, die längst nur noch eine Korrosion ihrer selbst ist, und daß solche Maßnahmen die notwendige Einigkeit zwischen Stadt und Land nicht herstellen können, müssen die schwersten Bedenken gegen die einseitige Behandlung eines Erwerbsstandes geäußert werden. Wird der halbe Schoppen Wein von 4 auf 6 Mark, das Glas Bier von 80 Pfa. auf 1.20 und mehr erhöht, so ist das eine schmerzliche Folge der Teuerung. Erhöht der Landwirt, der unter dieser Teuerung doch ebenso leidet wie der Städter, seine Milchpreise um 30% v. H., so ist dies ebenso selbstverständlich ein unverantwortliches Verbrechen am Volke. Und während alle anderen Preissteigerungen unkontrolliert bleiben, muß allein der Bauer sich die schärfsten behördlichen Einriffe in sein Selbstbestimmungsrecht gefallen lassen. Daß solche Zustände und solches Vorgehen besonders in einem sogenannten demokratischen Staate unmöglich sind, liegt ebenso auf der Hand, wie sie dem Gefühl des rechtlich denkenden Bürgers widersprechen.

etwas sagen, aber es gelang ihm kein Wort. Er schloß nur hilflos.

Der Geheimrat legte seinen Arm fest um die schmalen Schultern:

„Komm“, sagte er leise, „wir gehen nun. Mehr brauchen wir heute nicht — es wäre nicht ratsam für dich und mich.“

Draußen auf der dunklen Straße wurde seine Stimme wieder hell und scharf:

„Nun erzähle einmal, Albin! Wie war's denn? War ein bißchen langweilig — zu viele Töne gelt? Und ein großes Durcheinander?“

Albin sah ihn vorwurfsvoll an — noch machte es ihm Mühe, die Kehle zu öffnen.

„Viele Töne, ja“, sagte er mit besetzter Stimme, „aber nicht langweilig. o Gott nein! — Da waren Vögel — und Fische, und viele kleine Summire, und — und — ich kann es nicht sagen.“

„So“, meinte der Geheimrat abwartend, „also Tiere waren da. Weist du, was „Pastorale“ heißt, Albin?“

„Nein“, bekannte Albin, „das weiß ich nicht. — Ich weiß nur, daß da ein Wald war — ja ein Wald mit hohen, rauschenden Bäumen und ein entschlossener Sturm und eine große, große Angst — und dann, dann kam die Sonne und auf einmal war alles wieder da, was in der großen, schwarzen Angst verschwunden war — und ein Bach, und aus dem sprangen die Forellen heraus! Hast du sie gehört, wie sie sprangen? Sie gluckten aus dem Wasser und wieder zurück! — Und dann kam eine Wachtel — und viele Hühner, und zuletzt eine Fledermaus. Und die blieb da — mitten im Wald — ach, man kann es ja nicht sagen.“

Der alte Herr sah auf den zitternden Jungen, dem die Worte aus dem Munde quollen wie einem Trunkenen, der das „Du“ zu ihm fand ohne es zu wissen — eine ungewohnte Zärtlichkeit erfaßte ihn für diese heiße, kleine Seele, die er aus der Verborgenheit hatte herausfinden dürfen.

Er nickte ein paarmal, schloß den Mund fester zusammen, dann winkte er dem Coué, daß lautlos neben ihnen auf den Gummirädern herabstiege, und fuhr den Albin rasch zum Nordtor zurück.

Dort lächelte er ihm noch einmal sein seltenes Lächeln in die flammenden, überaus geweiteten Augen. Dann stieg er in seinen Wagen und rollte davon.

Wir brauchen heute und in absehbarer Zeit unsere deutsche Landwirtschaft mehr denn je. Mit ihrem Bluten und ihrer Leistungsfähigkeit ist unsere Wohlfahrt eng verbunden. Doch weder eine Ausnahmebehandlung noch bürokratische Eingriffe werden diese Leistungsfähigkeit steigern. Dies sollten sich unsere regierenden Herren in erster Linie sagen. Man dient auch den Bedürfnissen der Städte nicht, wenn man die Landwirte immer mehr zu einer Haltung zwingt, die ihnen die Freude an ihrer Arbeit und damit an der Versorgung der Städte nimmt! H. G.

Fleischverteilung. Am Samstag werden in sämtlichen Metzgereien 200 Gramm Auslandsgefrierfleisch verteilt, außerdem in den Metzgereien in den Anfangsbuchstaben L—Si 50 Gramm Leber- und Blutwurst. Die Wurst wird zum erstenmal wieder von den Metzgereien selbst hergestellt. Der erhöhte Preis für die Wurst hängt aber nicht, wie das städtische Fleischamt zur Vorbereitung von Mißverständnissen mitteilen läßt, mit der nunmehrigen Art der Durchverteilung zusammen, sondern wird durch die hohen Viehpreise bedingt.

Drei Landesräte gesucht. Infolge der politischen Verhältnisse konnte eine Wahl der drei Landesräte bei der bisherigen Bezirksverwaltung, die die Stellen der im Jahre 1919 ausgeschiedenen Landesräte Schmorl und Tiedenburg einnehmen sollen, noch nicht erfolgen. Diese beiden Stellen und außerdem eine 3. Landesratsstelle, die durch die Ausdehnung der Dienstgeschäfte der Bezirksverwaltung notwendig geworden ist, sollen nochmals ausgeschrieben und die Wahl schnellstens vorgenommen werden. Bewerbungen sind an den Landeshauptmann in Kassel zu Wiesbaden bis zum 20. Juni d. J. einzureichen. Bewerber aus dem Jahre 1919, die ihre Bewerbung aufrechterhalten, müssen bis zu dem gleichen Zeitpunkt dies mitteilen. Die Wahl erfolgt auf Lebenszeit.

Wein- und Luxussteuer bei Abschluß an Angehörige der Besatzungsarmee und der Rheinlandkommission. Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete teilt mit: Die Rheinlandkommission hat am 2. Juni einen Beschluß dahin gefaßt, daß die Luxussteuer, soweit sie nach § 15 des deutschen Umsatzsteuergesetzes vom 24. Dezember 1919 beim Hersteller erhoben wird, von den Angehörigen der Besatzungsarmee und der Kommission zu tragen ist. Dagegen wird für die Besatzungs- und Kommissionsangehörigen auf Grund des Art. 9 Absatz 4 des Rheinlandabkommens die Befreiung von der Luxussteuer in Anspruch genommen, soweit es sich um die Kleinhandelssteuer nach § 21 des Umsatzsteuergesetzes handelt. Der gleiche Grundsatz wird für die Weinsteuern aufgestellt.

Der Kartoffellegen. Von unterrichteter Seite wird Berliner Zeitungen geschrieben: Die Bevölkerung mündert sich nicht wenig über die plötzlich einbrechende Kartoffellut, nachdem die Gemeinden wochenlang nur wenige Pfund haben ausgeben können. Die Erklärung ist recht einfach. Polen hatte sich schon seit langem zur Lieferung erheblicher Kartoffelmengen verpflichtet, aber es war nichts herauszubekommen. Jetzt hat man sich dort endlich auf das Geschäft besonnen und die politischen Kartoffeln sollen in großen Mengen bei uns an. Dazu kommen schwedische und dänische Zufuhren. Aber auch unsere eigene Landwirtschaft ist in diesen Wochen, nachdem die Bestellung erledigt, wieder in erhöhtem Grade lieferungsfähig geworden. Wie in jedem Jahre kommen auch diesmal die Saatkartoffeln, die übrig geblieben sind, mit Beschleunigung auf den Markt, da sie nicht in die Mieten zurückgebracht werden können und sonst dem Verderben ausgeliefert werden. Ob diese großen Lieferungen lange anhalten werden, ist sehr fraglich. Es kann nichts schaden, wenn sich die Käufer zu verhältnismäßig niedrigen Preisen für die kommenden Wochen bis zur Ernte und bis zum Beginn härterer Frühkartoffelzufuhren aus dem Ausland eindecken.

Verwaltungsstellen. Mit Recht wurde in den letzten Monaten immer wieder darauf hingewiesen, daß eine der Ursachen unserer Defizit-Wirtschaft in der dauernden Vermehrung der Stellen an der staatlichen Futtertrappe (im Interesse der herrschenden Parteien!) zu suchen ist. Auch die überflüssigen und mit unnötig hohen Gehältern und Bezügen dotierten Beamtenstellen in den Kriegsgesellschaften wurden als Beispiele für unsere verkehrte Verwaltungs-wirtschaft angeführt. Daß auch auf anderen Gebieten vieles verbesserungsbedürftig ist und daß die Verwaltungskosten mancher an sich wertvollen Einrichtungen oft in einem schreienden Mißverhältnis zu den eigentlichen Leistungen der Genossenschaften und Verbände stehen, ist u. a. aus einer „Umlage-Berechnung“ zu ersehen, die uns aus dem Leserkreis zur Verfügung gestellt wurde. Die „Detailhandels-Verungenoßenschaft“ in Berlin, die eine Unfallversicherung der Ladeneinhaber darstellt, hat im

Am nächsten Morgen fuhr Geheimrat Fischer nach Sankt Martin zu dem Eisenkammer Waldt und machte ihm das Anerbieten, seinen Zweitältesten für zwei Jahre auf das Konservatorium in die Residenz schicken und später einem bekannten Künstler zur letzten Ausbildung in den Unterricht geben zu dürfen — in dieser Zeit meinte er mit einem flüchtigen Blick auf den schlafenden Hausarzt des Wohnzimmers, könne der Albin, wenn man ihnen passenden Lehrer hier in der Heimstadt finde, bei ihm, dem Geheimrat, wohnen, damit er sich in die Form und Sitte seines späteren Daseins eingewöhne.

Er machte den Vorschlag in der Form einer Bitte, die Matthias Waldt ein verlegendes Danken ganz erparte und ihn noch den Gewährenden bei diesem Handel sein ließ. Und er ließ einige Male sein wärmendes, sonderbares Lächeln um der schmalen Mund spielen, sodas Matthias Waldt Vertrauen fassen mußte zu dem herrischen Minister mit den knappen Worten.

Aber Matthias Waldt wurde gleich nach der ersten, gründlichen Erklärung eine Deute der widerstrebenden Empfindungen. Nicht Stolz des Handwerks hemmte ihn: seine Vaterliebe war viel zu großherzig, als daß sie diese Hindernisse gefannt hätte. Aber eine unklare Sorge, alte überwundene Uebermüßigkeiten nun allzu gern wieder aufleben zu sehen — Rechtlichkeit in seinem Gelöbnis zu dem Gott, der ihm das Kind erhalten hatte nach einer bitter-schweren Stunde des Ringens.

Und eine läche Eifersucht, daß ein anderer nun geben wollte, was er nicht gekonnt.

Die schweren Hände auf die Knie gestützt, sah er vor dem Geheimrat und schüttelte bekümmert den Kopf.

„Und der Albin selbst — weiß er schon etwas davon?“ fragte er endlich langsam.

Der Geheimrat beugte sich vor — über die hageren Wangen auch der Schimmer eines Lächelns:

„Zweifeln Sie daran, Herr Waldt, daß er in diesem Vorschlag sein größtes Glück sehen würde? — Hat er nie davon gesprochen, daß er weiter möchte — heraus aus dieser, hm — dieser Misere da bei dem Schnurzwirkel?“

(Fortsetzung folgt.)

Baderuren für Kinderbmittel. In der Zeitschrift „Deutscher Verkehr“ des Bundes Deutscher Verkehrsvereine behandelt Prof. Dr. Weichheim-Berlin die Frage, wie auch in heutiger, wirtschaftlich so schwerer Zeit Kinderbmittel Baderuren verschafft werden können, und führt dazu folgendes an: In vielen Kreisen besteht die Eindruck, als ob unsere Baderverwaltungen sozialen Fürsorgebestrebungen weltfremd gegenüberstehen. Vel der Beurteilung der Verhältnisse übersteht man gar zu leicht, daß sich unsere Krankenkassen, unsere Anwaltden, und Angelegenheitsversicherungen seit vielen Jahren einer entgegenkommenden Unterstützung seitens der Baderverwaltungen erfreuen, die sich ganz besonders im Kriege unter großen wirtschaftlichen Opfern, die bisher zu wenig bekannt und anerkannt sind, in den Dienst der Heeresverwaltung und die Kriadsbeschädigtenfürsorge gestellt haben, an deren Aufgaben sie noch heute opferwillig mitwirken. Auch den nicht versicherten Kinderbmitteln gewähren sie erhebliche Ermäßigungen auf Kurtaxe und Kurmittelpreise. Allerdings ist dem Mittelstand, insonderheit den Selbstbeldenden und den selbstständigen Handel- und Gewerbetreibenden, hierdurch allein noch nicht geholfen. Die Anregung des Bundes Deutscher Verkehrsvereine, daß das Reichsverkehrsministerium durch Baderberrmäßigungen und Sonderabae unter-

Der Höbepunkt der Fischzufuhren. Aus Hamburg wird geschrieben: Im Monat Mai sind an den Hamburger und Kuxhavener Fischmärkten wieder außergewöhnlich große Mengen von Seefischen angeliefert worden. Die letzte Rainwoche brachte den Höbepunkt aller bisher im Seefischfang überhaupt erreichten Fischeinfänge nämlich über drei Millionen Pfund! Die großen Fischzufuhren haben die Wiedereinführung der Fischauktionen in Hamburg, Kuxhaven und Westermünde veranlaßt, aber trotzdem die Fische geradezu in Unmengen heran gekommen und der Absatz nach dem Inlande wesentlich nachgelassen hat, sind die Preise auf den Auktionen im allgemeinen nur wenig gesunken. Sie sind zum Theil sogar höher als die bisherigen Preise! Nur auf den Kuxhavener Auktionen ist ein Nachlassen der hohen Gebote vorläufig zu bemerken. Denn jetzt wärmeres Wetter eintritt und die Zufuhren — was, nach der Wetterlage zu urtheilen, zu erwarten ist — die gleichen bleiben, dann dürfte es zu einer nie erlebten Katastrophe auf dem Fischmarkt kommen, denn das Eis für Aufbewahrung und Versand ist sehr knapp und viele inländische Absatzgebiete

Ein holländisches Liebeswerk. Die holländische Ambulanz, die sich in Hannover in der Kriegszeit durch ihre Thätigkeit in der Verwundetenpflege große Sympathien erworben hatte, beschloß auf Anregung des Consuls Tiefen-

Bei der am 15. Mai erfolgten Verlosung zur Rückzahlung auf die Staatsanleihe, Buchstabe D, 4proz. I. Ausgabe vom 1. Mai 1901 sind folgende Nummern gezogen worden:

Buchstabe D I à 200 M. Nr.: 8 18 62 126 131 159 175 220 233
258 308 326 352 378 419 429 437 460 470 480.

Buchstabe D II à 500 M. Nr.: 3 13 22 71 85 105 149 169 222 253
271 285 304 322 326 342 355 377 415 430 437 475 505 516
534 540 552 578 591 609 625 636 652 664 670 728 749 767
795 800.

Buchstabe D III à 1000 M. Nr.: 9 21 29 35 75 133 154 179 207
229 239 269 271 291 303 355 368 404 428 454 482 531 559
608 626 640 705 731 769 770 832 869 902 921 922 964 990
1028 1058 1110 1160 1185 1195.

Buchstabe D IV à 2000 M. Nr.: 6 50 162 261 315 333 472 480 490
507 516 559 585 603 690 693 688 722 738 743 750 772 777
781 794 808 820 863 877-944.

Buchstabe D V à 5000 M. Nr.: 12 33 63 105 154 169 181 221
231 250.

Diese Anleihe Scheine werden hiermit zur Rückzahlung auf den 1. Oktober ds. Jz. ankündigt, und es findet von da ab eine weitere Verzinsung derselben nicht mehr statt.

Die Rückzahlung erfolgt nach Wahl der Inhaber bei der Stadtbaukasse hier oder bei den auf den Anleihe Scheinen bezeichneten Bankhäusern.

Stettin, den 31. Mai 1901.

Der derzeitigen Marktlage entsprechend haben wir

Schuhwaren

ganz bedeutend im Preise herabgesetzt

Beachten Sie unsere Auslagen und lassen Sie sich im
eigensten Interesse die günstige Gelegenheit nicht entgehen

Blumenthal.

19667

Nassauisches Landestheater.

Freitag, 11. Juni, abends 8.30 Uhr. (Sondervorstellung f. d. Sch.)

Kabale und Liebe.

Ein bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich von Schiller.
Präsident von Waller, Walter Jollin
am Hofe eines deutschen Fürsten
Ferdinand, sein Sohn, Major Gustav Albert
Hofmarschall von Kallb Bernh. Herrmann
Lady Willford, Favoritin des Fürsten Elise Hummel
Wurm, Haussekretär des Präsidenten Dr. Paul Gerhardts
Waller, Stadtmusikant Paul Wegner
Waller's Frau Margt. Kuhn
Sophie, deren Tochter Franz Herz
Euphie, Kammerjungfer der Lady Helga Reimerd
Ein Kammerdiener des Fürsten Friedrich Bräter
Ein Kammerdiener der Lady Adolf Seich
Ein Bedienter des Präsidenten Wolfgang Andriano
Dienstbote der Lady, Bediente des Präsidenten, Gerichtsdiener.
Ende 10.15 Uhr.

Spielplan: Samstag, 12. Juni, Anfang 8 Uhr: Die Weiber-
finger von Rühberg. Ab. 8. — Sonntag, nachm. 3 Uhr: Der Herr Senator.
(Sondervorst.) Abends 7 Uhr: Wagners. Ab. 8.

Residenz-Theater.

Freitag, den 11. Juni 1920. Abends 7 Uhr.

Schwarzwaldbüchel.

Operette in 3 Akten von August Reihardt. Musik von Leon Jessel.
In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen: Anna Dohls, Elina
Marbach, Rita Urbon, Rigi Wll, Gisela Durin; die Herren: Eduard Wyl,
Cäsar Huggo, H. B. Pleske, Hermann Wornbal, Josef Wllt.
Ende 8.30 Uhr.
Spielplan: Samstag, 7 Uhr: Liebe im Schnee. Sam. 1. Male. —
Sonntag, nachm.: Das liebe Müdel. Abends: Liebe im Schnee.

Kurhaus zu Wiesbaden.

Freitag, den 11. Juni 1920, vormittags 11 Uhr:

Vormittags-Konzert.

Konzert des hiesigen Autorsorchesters in der Kuchendruck-Anlage. Leitung:

Herr Erich Wemheuer.

1. Choral: „Jesus meine Zuversicht“. — 2. Ouvertüre zu „Don Juan“
von Mozart. — 3. Finales aus „Der Freischütz“ von Weber. — 4. Melodie
von Bränd. — 5. Fantasie aus „Tannhäuser“ von R. Wagner. — 6. Aus
fröhen Tagen, Marsch von Busch.

4.30—5 Uhr.

Nachmittags-Konzert.

Ausgeführt von dem Residenz-Theater-Orchester, verstärkt durch Musiker der
Orchestra Wiesbaden. Leitung: Herr Kapellmeister Paul Freudenberg.
1. Rodeln-Marsch von Sousa. — 2. Ouvertüre zur Oper „Jünglinge
in Leidenschaft“ von Gluck. — 3. Frühlingserwachen, Romanze von Bach. —
4. Walzer-Walzer von Val. Grimm. — 5. Ouvertüre zur Operette „Di-
phäus in der Unterwelt“ von F. Offenbach. — 6. Lied „Gute Nacht, fahr
wohl“ von Rüden. — 7. Fantasie aus der Oper „Martha“ von Flotow. —
8. Galopp „Time is Money“ von Rinde.

Abends 8.30 Uhr bei ausverkauftem Abonnement im großen Saal:

Voll-Konzert.

Leitung: Herr Carl Schürich. Solisten: Jean Elise Wehld, Frankfurt
a. M. (Sopran), Fr. Frieda Corneliu von Stadttheater Mainz (Alt),
Herr Friedrich Petersen, Organist an der Marktkirche hier (Orgel).
Orchester: Stadt-Orchester. Chor: Der Säckel-Verein.
Gustav Rohler: Zweite Symphonie in G-moll für großes Orchester, Sopran-
und Alt-Solo, Chor und Orgel. — Eintrittspreis 2.50 A

WINTERGARTEN

Schwalbacherstr. 8 WIESBADEN Ecke Rheinstr.

Café, Konzert- u. Ballhaus

Kein Weinzwang. Bier in Karaffen.

Fleischverteilung.

Am Samstag gelangen in sämtlichen Metzgereien auf die

200 Gramm Auslandsgefrierfleisch

zur Verteilung.

Der Preis beträgt für Einheitsstücke 4.— A die 200 Gr.
10.— A das Pfund
für Vorratstücke 5.— A die 200 Gr.
12.50 A das Pfund

Außerdem gelangen in den Metzgereien mit den Anfangs-

buchstaben L—S

50 Gramm Leber- und Blutwurst

zur Verteilung.

Der Preis beträgt für 50 Gr. Leber- und Blutwurst 0.80 A
Wiesbaden, den 10. Juni 1920.

Der Magistrat. (1463)

Am Flügel:
Rolf von Stahl.

Simplicissimus

Art. Leitung:
Dir. Heinr. Reintjes.

Künstlerspiele.

Willy Ziegler

Der beliebte Wiesb. Humorist

ROSSI

König der Tenöre

2 Emmery's 2

Musikal-Akt

Bellachini

Gedankenleser u. Zauberkünstler

Gertr. Cyklerno

Opernsängerin

Serenissimus - Zwischenspiele

Original!

Schall und Rauch

Original!

Sr. Durchlaucht Serenissimus Hieronymus XVI. und andere beste Kräfte.

Bestgepflegte Weine.

Exquisite Küche.

Unseren verehrten Gästen steht eigenes elegantes Auto zwecks Abholung zum CABARET
kostenlos zur Verfügung. — Bestellung telephonisch unter Nr. 1028 erbeten.

[9677]

APOLLO

Wiesbaden
Schwalbacher Str. 51Direktion:
Frank und Brémond.

Vom 1. bis 15. Juni 1920.

MARTINO

Kom. Jongleur

Bassler u. Mireff's

Die vornehmen Tänzer

Hilde Alvers u. Part.

Kom. Exzentrik

Leroux's Monkeys

mit seinen Affen

HARRY istim Capucines

CAMPION

Der originelle Komiker

Luce Nady

Vortragskünstlerin

Thea Schröder

TANZ

Godwana-Schröder

TANZ-DUO

RESTAURANT.

Vornehmstes Wiesbadens. Franz. Küche I. Ranges.

SAYTON

Eine Nacht am Nil

Rechtsanwalt Leiser

Kirchgasse 74

hat jetzt

Fernsprechanschluß 740.



Elektr. Installations-Material

FLACK, Luisenstrasse 25

gegenüb. Real-Gymnasium. Telefon 747

Öffentliche Mahnung zur Zahlung fälliger Steuern.

Die rückständige Steuer (Erhöhung des Gemeindesteueraufslages von 337,5 Proz. auf 472,5 Proz. (die sogenannte 6. u. 7. Rate) ist bis zum 15. Juni d. J. zu entrichten. Nach Ablauf dieser Frist beginnt die kostenpflichtige Zwangsbeitreibung.

Bei Zahlung auf bargeldlosem Wege oder durch die Post hat die Zahlung so rechtzeitig zu erfolgen, daß der Betrag bis zum 15. d. Mts. hier eingegangen ist. In diesen Fällen ist außer der Adresse die Debiturnummer auf den Abschnitten anzugeben.

Wegen Mangels an Wechselgeld wird auf abgesetzte Geldbeträge (besonders der Pfennige) bei der Zahlung hingewiesen.
Wiesbaden, den 10. Juni 1920.

Städtische Steuerkasse. (1463)